

**Regierungsrat**

*Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch*

**Eidg. Volkswirtschaftsdepartement  
Staatssekretariat  
für Wirtschaft SECO  
Effingerstrasse 1  
3003 Bern**

16. September 2008

**Vernehmlassung zum revidierten Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Juni 2008 haben Sie uns eingeladen, zur geplanten Ratifizierung des revidierten Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) Stellung zu nehmen. Wir machen von dieser Möglichkeit gerne Gebrauch und äussern uns wie folgt:

Durch die Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) sollen sowohl die Konsumenten und Konsumentinnen, als auch die Personen, welche am Wettbewerb teilnehmen, vor widerrechtlichen und unlauteren Praktiken, welche den Wettbewerb verfälschen können, geschützt werden. Wir begrüssen diese Gesetzesänderung. Sinnvoll sind namentlich die Weiterentwicklung des Klagerechts der Eidgenossenschaft sowie die neue Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit mit ausländischen Lauterkeitsbehörden. Zu ersterem ist zu sagen, dass in der Schweiz ansässige Opfer unlauterer Praktiken mit dem noch nicht überarbeiteten UWG diskriminiert werden, da sich die Interventionsmöglichkeit des Bundes auf grenzüberschreitende Sachverhalte beschränkt. Von der neuen Klagerechtsbestimmung sollte jedoch zurückhaltend Gebrauch gemacht werden. Vor allem sollte sie dann greifen, wenn eine Branche überwiegend betroffen ist. Des weiteren stimmen wir einer besseren Preistransparenz für Dienstleistungen zu sowie auch einem besseren materiellen Schutz vor einzelnen unlauteren Geschäftspraktiken. In diesem Zusammenhang wird besonders die Norm über den Adressbuchschwindel zum Schutz von Verkehr und Publikum sehr begrüßt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass wir der Vorlage zustimmen. Für die Möglichkeit eine Stellungnahme abgeben zu können, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Esther Gassler

Frau Landammann

sig.

Andreas Eng

Staatsschreiber